

Wos Gscheits



Manfred Schiller:

ein Weidener im Bundestag

Aus dem Inhalt:

Japan will das weltgrößte **Kernkraftwerk** wieder zurück **ans Netz** nehmen!

Weitere Themen:

4 **Aktuelle Nachrichten**

6 **Sitzungswochen-Rückblick**

11 **Pressemitteilungen**

14 **Aus dem Wahlkreis & Bayern**



Vorwort



Liebe Freunde,

die zweite Sitzungswoche in Folge liegt hinter mir und die hatte es wieder in sich:

Im großen Sitzungswochenrückblick berichte ich unter anderem über unseren Antrag, **Skandalminister Weimer abzusetzen**, über die Abstimmung zum „**Wehrdienst-Modernisierungsgesetz**“ und es geht natürlich um den „**Showdown**“ zur „**Rentenpaket**“- **Abstimmung** am Freitag. Weitere Themen: in einer **öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses** saß mir eine Petentin gegenüber, die die Verteidigung ihrer Petition leider am Thema vorbei nur für einen **Rundumschlag** gegen die **AfD** nutzte, **Arbeitsministerin Bärbel Bas** sagte **Arbeitgebern** den **Kampf** an, und auf Seite 7 findet ihr den Beitrag zum Titelblatt dieser Ausgabe: **Japan** will das **weltgrößte Kernkraftwerk** wieder zurück **ans Netz** nehmen.

Das und mehr lest ihr auf den folgenden Seiten! Viel Spaß & Erkenntnis beim Lesen!

Wahlkreisbüro

Christian-Seltmann-Str. 21
92637 Weiden
Tel. 0961 40 17 56 94
manfred.schiller.wk@bundestag.de

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht, mit mir oder meinen Mitarbeitern Kontakt aufzunehmen — dafür sind wir da!

Mein Wahlkreisbüro befindet sich direkt in Weiden, und freut sich auf euren Besuch.

Die Öffnungszeiten sind wie folgt:

Di.: 8.00 - 17.00 Uhr
Mi.: 8.00 - 12.00 & 13.00 - 17.00 Uhr
Do.: 11.00 - 20.00 Uhr

Jeden Donnerstag findet ab 18.00 Uhr ein Bürgerstammtisch statt.

»Dem deutschen Volke
— ein Auftrag, den ich
ernst nehme!«

DEM DEUTSCHEN VOLKE



Liebe Freunde,

nun liegt bereits der **zweite Adventssonntag** hinter uns.

Nach einer kurzen Erholungspause am Wochenende befinde ich mich bereits wieder voll im Arbeitsmodus, denn am Montag startete ich in eine spannende **Wahlkreiswoche**, in der wieder viele Termine auf dem Plan stehen - zwei davon solltet ihr euch unbedingt vormerken:

Am **10.12.** bin ich mit meiner Kollegin **Carina Schießl** mit dem **Infomobil der AfD- Landesgruppe Bayern im Bundestag** ab **12 Uhr** am **Stadtplatz in Kemnath** und am **12.12.** findet um **18:30** (Einlass ab **18:00 Uhr**) eine große Veranstaltung fast aller **bayerischen Bundestagsabgeordneten** gemeinsam mit **Tino Chrupalla** in der **Max-Reger-Halle in Weiden** statt!

Details zu den Terminen findet ihr bereits auf meinen Kanälen, in der laufenden Woche werde ich jeweils am Tag davor noch einmal alle Informationen dazu veröffentlichen.

Ich freue mich sehr auf die kommende Woche und hoffe, viele von euch auf unseren Veranstaltungen begrüßt zu dürfen!

Euer Manfred Schiller

Katherina Reiche und Karl-Theodor zu Guttenberg:

Vetternwirtschaft im Wirtschaftsministerium?

Folgt nach Wolfgang Weimer der nächste Korruptions-skandal unter Merz' Ministern?

Zumindest ein „Gschmäckle“ hat - sehr milde ausgedrückt - die neueste Enthüllung rund um das „Glamour-Paar der Politik“ (GALA), namentlich unsere Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) und ihren Lebensgefährten Karl-Theodor zu Guttenberg:

Reiches Ministerium soll einer Firma mehrere hunderttausend Euro zugeschustert haben, an der zu Guttenberg beteiligt sein soll. Letzterer war früher selbst einmal Minister, bevor er 2011 nach der Plagiatsaffäre rund um seine Doktorarbeit zurücktreten musste.

Mir fallen bei solchen Geschichten Stichworte wie Vetternwirtschaft, Sumpf oder Filz ein - zumindest wird Frau Reiche dazu wohl einige Fragen zu beantworten haben.



Realitätsferne und Inkompetenz - Bärbel Bas spaltet mit solchen Aussagen die Gesellschaft und hat als Arbeitsministerin, die ausgerechnet gegen die auskeilt, die tagtäglich Verantwortung tragen und Arbeitsplätze schaffen, komplett ihren Job verfehlt.

Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas erntete bereits letzte Woche auf dem Arbeitgeberstag für einige ihrer Behauptungen Gelächter seitens der Unternehmer. Statt jedoch mit den Unternehmern konstruktiv an Lösungen für die verheerende wirtschaftliche Situation unseres Landes zu arbeiten, folgte von ihr eine Kampfansage, mit der sie sich m.E. endgültig als Ministerin disqualifiziert hat.

In einer Rede vor Jungsozialisten rief sie nun u.a. zum Kampf gegen Arbeitgeber auf, denen sie pauschal Ausbeuterei und Unmenschlichkeit vorwarf. Die Kampfansage kam bei den deutschen Unternehmern verständlicherweise nicht gut an:

Unsere Regierung fährt die Wirtschaft an die Wand, und während Unternehmer gerade jetzt politischen Rückhalt mit entsprechenden Rahmenbedingungen bräuchten, attackiert sie genau diejenigen, die Deutschland mit dem Erhalt von Arbeits- & Ausbildungsplätzen, ihren Investitionen, Innovationen und nicht zuletzt Steuern überhaupt noch am Laufen halten!

Hier offenbarte sich wieder einmal erschreckende

Wusstet ihr's schon?

Weltgrößtes KKW geht in Japan wieder ans Netz!



**Harakiri in Deutschland? –
Nicht mit uns, sagt der Rest der Welt!**

Teil 23 aus der Kategorie „Wusstet ihr schon, dass...?“ - bildet euch selbst eure Meinung dazu:

Wusstet ihr schon, dass **Japan** das **größte Kernkraftwerk der Welt**, nämlich das **Kashiwazaki-Kariwa-Kraftwerk**, das im Rahmen des Fukushima-Störfalls im Jahr **2011 abgeschaltet** wurde, **wieder ans Netz nimmt**?

Und dieses nun zusätzlich **ausgerüstet** ist mit einem **nach Tschernobyl in Deutschland entwickelten Filtersystem (Wallmann Ventil)**, das **bis zu 99,9 Prozent radioaktiver Partikel zurückhält**?

- **Japan** hat damit nun **21 Kernkraftwerke** seit dem Störfall **zurückgeholt**.
- **China** baute seit Fukushima **45 neue** und sattelt **bis 2035 auf 150 KKW**s auf,
- die **USA** wollen **bis 2050 bis zu 300 neue Kernkraftwerke** bauen, um den **Energiehunger der KI-Welt** zu befriedigen.

Deutschland auf Geisterfahrerkurs!



Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Sitzungswochen-Protokoll KW 49

Am **Montag** gestaltete ich die **öffentliche Sitzung (Anhörung)** des Petitionsausschusses mit, denn ich befragte als **Berichterstatter** die **Lobby- und Nicht-regierungsorganisation Attac**, die im Jahr 2014 ihre Gemeinnützigkeit verloren hatte.

Deren **Petition** mit weit mehr als **60.000** z.T. auf der Straße gesammelten Unterschriften fordert die **Aktivierung der Vermögenssteuer** auf alle Einkunftsarten ab einer Million Vermögen in gestaffelten Sätzen bis hin zu 20 Prozent.

In **sozialistischer Denkweise** solle das Unrecht der „Vermögensungleichheit“ abgeschliffen werden.

Die junge Vertreterin von Attac, Frau Elwing, argumentierte, dass „Überreiche“ die ihnen von der Gesamtgesellschaft gestellte Infrastruktur und auch das Gesundheits-



Die Petentin forderte die Aktivierung der Vermögenssteuer, verpasste aber leider die Chance, meine Bedenken zu zerstreuen, als ich sie fragte, wie sie die Substanzbesteuerung vermeiden wolle, die kleinere Betriebe in wirtschaftliche Existenzöte bringen kann. Stattdessen nutzte sie - völlig am Thema vorbei - ihre Antwortzeit für einen Rundumschlag mit Anschuldigungen gegen die AfD. Den Videoausschnitt dazu seht ihr hier: <https://www.youtube.com/shorts/b5Gv2mHctEQ>



Die Runde bei der öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses am vergangenen Montag

system nutzen würden, ohne angemessenen Beitrag zu leisten.

Als die Fragerunde an mir war, wurde **Frau Elwing** nicht nur **unsachlich**, sie **offenbarte** auch, dass sie von **kaufmännischem Wirtschaften keine Ahnung** hat. Ich wollte wissen, wie sie **Substanzbesteuerung vermeiden** wolle, was kleinere Betriebe in **wirtschaftliche Existenzöte** bringen könnte. Aber sie kam plötzlich, wie aus der Pistole geschossen, mit **Anschuldigungen** gegen die „**migrationsfeindliche AfD und ihr reaktionäres Weltbild**“. Den **parlamentarischen Staatssekretär**, befragte ich im Anschluss und wollte wissen, welche **Auswirkungen** eine solche Vermögensbesteuerung haben könnte

in Bezug auf „**Kapitalflucht**“, vorwiegend natürlich von juristischen und natürlichen Personen, die **finanzielle Mobilität** nutzen können. Der **Bundesregierung** liegen jedoch **keine Erhebungen** hierzu vor, so seine Antwort. Mein Fazit: **diese Petition** und ihre Vertreterin sind das **Abbild im Kleinen** der **politischen Entwicklung im Großen**.

„Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ sagte einst Erich Honecker.

Und Helmut Kohls Aussage: *der Sozialismus beginnt bei 50 Prozent Staatsquote.*

Laut FAZ vom 25.11.25 sind wir bereits bei **49,5 Prozent** angekommen. Bitte seht die wichtigen Sequenzen der Befragung in der Zusammenfassung:

<https://www.youtube.com/watch?v=ZfEZFdQvDIM>

Übrigens: die **SPD**, die keine Politik mehr für die Arbeiter macht, sondern allenfalls **Arbeiterfolkore** betreibt, liebäugelt natürlich mit der Wiedereinführung dieser Steuer.

Stephan Brandner. Als Mitglied des Wahlprüfungsausschusses, erklärte am Dienstag in einer eigens einberufenen **Pressekonferenz**, dass sich die AfD dem Antrag des BSW anschließe, die **Bundestagswahl neu auszuzählen**, ohne ideologische Scheuklappen.

Der **Wahlprüfungsausschuss** des Bundestags muss in solchen Fällen entscheiden. Wie wir wissen, ist auch dieser das genaue **Gegenteil von „unparteiisch“**, denn die Mehrheit haben hier die Fraktionen „unserer Demokratie“.

Es kam am **Mittwoch** zur vorhersehbaren Entscheidung: der **Antrag auf Neuauszählung wurde abgelehnt**. Demnächst wird also der Bundestag diese Vorlage in offizieller Abstimmung bestätigen, danach hat das **BSW** den Gang zum **Bundesverfassungsgericht** angekündigt.

Es folgte wie üblich am **Dienstag-nachmittag** die **Fraktionssitzung**. Dieses Mal darf ich ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern, weil das Thema auch schon durch die Presse ging.

Der **Arbeitskreis Wirtschaft**, dem ich angehöre, als auch



Der parlamentarische Staatssekretär Michael Schröder beantwortet meine Fragen während der Anhörung des Petitionsausschusses

der **Arbeitskreis Landwirtschaft** ringen seit einigen Wochen um eine gemeinsame Position zum Thema **Handelsabkommen Mercosur** mit lateinamerikanischen Staaten. Man wurde sich jedoch nicht einig, denn die **Vertreter der Landwirtschaft lehnen** das Abkommen **ab**, weil **Qualitätsstandards nicht überprüfbar** sind und „**Billigimporte**“ durch Wegfall der Zölle das **Marktpreisniveau** in der EU und in Deutschland nach unten **drücken**, enorme **Wettbewerbsnachteile** würden entstehen.

Die Position des **AK Wirtschaft** war geprägt vom Votum des Vorsitzenden, der die **Chancen für die deutsche Wirtschaft** im Vordergrund sah. Die Diskussion in der Fraktionsversammlung endete in einer **Abstimmung**, die sich letztendlich dafür aussprach, noch vor Jahresende eine **Initiative zur Ablehnung des Abkommens** einzubringen. Die EU-Kommission will die Mercosur-Unterzeichnung noch im Dezember festzurren.



Ich habe einige Fragen zur Petition...

Am **Mittwoch-morgen** ab 8 Uhr tagte der **Ausschuss Petitionen**, ab 11 Uhr der **Ausschuss Wirtschaft und Energie**. Die **Aktuelle Stunde** beantragte die **AfD** am Mittwoch zum Thema der **Gewalt-Exzesse** rund um den **Gründungsparteitag der „Generation Deutschland“** in Gießen, bei dem mind. 50

Ein Oberpfälzer in Berlin

Polizisten verletzt wurden. Unser junger Abgeordneter **Kneller** schilderte im Plenum, wie quasi **paramilitärisch abgestimmte Gruppen** die **ganze Stadt** abgeriegelt hatten und unter ihre **gewaltbereite Herrschaft** zwangen.

Am **Mittwochnachmittag** erfolgte die erste namentliche Abstimmung eines wahren **Feuerwerks an namentlichen Abstimmungen** der Woche.

Die **Grünen** wollten, dass der Bundestag Zusagen für **Visa von Afghanen** abgibt, die bereits Aufnahmезusagen hätten, um diese einzufliegen.

Markus Frohnmeier: erst gestern landeten wieder **100 Afghanen** auf Basis des Aufnahmeprogramms von A. Baerbock in Deutschland auf **Steuerzahlerkosten**, zusätzlich zu den **bereits 36.000 eingeflohenen**.

Das Ergebnis war eindeutig, denn dieses Mal waren sich AfD und Koa einig gegen Links und Grün:

Ablehnung.

Am **Mittwochabend** veranstaltete die Fraktion ihren **traditionellen Jahresabschluss** in den Räumlichkeiten des Bundestags. Für mich willkommener Anlass, viele **Kollegen persönlich** direkt anzusprechen, und **Kontakte zu intensivieren**, denn die Fraktion ist mittlerweile so groß, dass dies im normalen Tagesgeschäft nicht mehr so einfach möglich ist.

Am **Donnerstagvormittag** hatte der **Ausschuss Petitionen** ein sog. **Fachgespräch** anberaumt. Das Thema war ein Petitionsbegehren, das schon seit **2018** im Bundestag „kursiert“ und bislang nicht abgeschlossen wurde, weil keine Bundesregierung sich von der objektiv betrachtet ungerechten gesetzlichen Position weg bewegen will.

Die **Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge** fordert hierin eine **Rückabwicklung der Gesetzgebung** bzgl. der **Rentenansprüche für DDR-Geflüchtete** zum Stand vor **1990**. Die entsprechende **Gesetzgebung** wurde **nach der Wende** plötzlich und in ungerechter Weise zu deren Lasten **geändert**.

Mehr hierzu in meinem Beitrag zum Rundbrief der Landesgruppe Bayern.

Fast parallel folgte die zweite **namentliche Abstimmung** zum Antrag der Grünen „Luxusflüge besteuern – Klimaschutzlücke im Verkehr solidarisch angehen“ (21/3035).

Diese **Neidsteuer** wurde von **AfD und Koalition** gegen Grün/Links **abgelehnt**.

Später behandelte der Antrag der **AfD „Entlassung des Staatsministers für Kultur und Medien“** (21/3036) das heiße Eisen **Wolfram Weimer**.

Die krummen und anrüchigen **Machenschaften** Herrn Weimers sind bekannt: er **rügte den Raub geistigen Eigentums** durch die Internet-Mega-Konzerne öffentlich und ist Mitinitiator einer Initiative, hier einen Riegel vorzuschieben. **Gleichzeitig** musste er selbst bereits **Unterlassungserklärungen** abgeben, weil **er für sein online-Portal geistiges Eigentum** von hunderten prominenter Autoren **gestohlen** hatte. Die neueste Masche waren sog. **Sponsoringpakete** im Rahmen eines „Ludwig-Erhard-Gipfels“, die **Kontakte** und privilegierte Begegnungen **zu Politpromis zum Preis von bis zu 80.000 € anboten**.

Die „demokratischen“ Fraktionen im Parlament kehrten den Skandal unter den Teppich und **lehnten den Antrag in der Sofortabstimmung ab**.

In **erster Lesung** debattierte der Bundestag über den **AfD-Antrag** 21/2299, der fordert, **Mitarbeiter von**



Jobcentern vor Gewalt zu schützen und für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen.
Federführend ist der **Ausschuss Arbeit und Soziales**.

Am Nachmittag wurde das **Geothermiebeschleunigungsgesetz** Dr.-Nr. 21/1928) in **dritter Lesung verabschiedet**. Auch dieses Vorhaben ist von der **Bundesregierung „privilegiert“**, das heißt, diese Projekte rangieren über allen anderen Belangen der Menschen dieser Republik. Auch Planung und Bau von Wärme-pumpen, Wärmespeichern, oder Leitungen für Wasser-stoff werden beschleunigt und gefördert um das Klima zum Umkehren zu bewegen. Zusätzlich geht es um das Verbinden von Wärmequellen, wie Solarthermie-Geothermieanlagen, Klärwerke, Rechenzentren oder „Wärmesenken“ über „Wärmenetze“ mit Wohn- und Geschäftshäusern. Wenn wir nicht schnell genug gegen den Willen des Klimas, sich mittelfristig zu erwärmen, ankämpfen, könnten massive Strafen auf den größten EU-Zahler warten, t-online berichtet aktuell:

https://www.t-online.de/heim-garten/aktuelles/id_101029818/klimaziele-deutschland-drohen-milliarden-strafzahlungen.html

Gegen 21 Uhr folgte am **Donnerstag** die dritte **namentliche Abstimmung** der Woche.

Unser AfD-Antrag auf Abschaffung der CO2-Bepreisung „**Kein Heizungsgesetz durch die Hintertür – CO2-Bepreisung abschaffen**“ ([21/227](#)) forderte im Detail die **Abschaffung des „Heizungshammers“ GEG**, außerdem die **Abschaffung von CO2-Aufschlägen auf Heizöl und Gas**, außerdem die **Streichung aller damit verbundenen EU-Regulierungen**. Zitat aus dem Antrag: *Das Heizen mit bewährten und bisher günstigen Öl- und Gasheizungen sollte so teuer gemacht werden, dass sich die Besitzer der Heizungen den Betrieb nicht mehr leisten können*. Die **Deutschlandzerstörer** stimmten geschlossen **gegen** uns.

Schließlich bestimmten drei große Themen den **Freitag** mit jeweils namentlichen Abstimmungen.

Um 9 Uhr ging es um das **Wehrdienst-Modernisierungsgesetz**, [21/1853](#), das in der namentlichen Abstimmung eine **Mehrheit gegen AfD/Grün/Links** erhielt. Da die **Bundesregierung sich auf Krieg(e) vorbereitet**, sollen nun alle **18jährigen** ab Anfang 2026 einen Fragebogen erhalten, der Motivation und Eignung abfragt. **Jungs müssen ihn ausgefüllt zurücksenden**. Für die männlichen Kinder, geb. ab 1. Jan. 2008, wird dann die

Musterung zur Pflicht. Für den **Wehrdienst** (ggf. Einsatz an der Front?) wird auf **Freiwilligkeit** gesetzt, dafür erhalten die halben Kinder immerhin mind. 2.600 € brutto.

Sollte der **Bedarf größer** sein, als die Freiwilligkeit hergibt, müsste ein **weiteres Gesetzgebungsverfahren** angestoßen werden, ggf. kommen wir hier dann zur bereits viel diskutierten **Wehrdienst-Lotterie**. Die Presse meldete, dass am heutigen Freitag in rund **90 Städten** gegen die **Wehrpflicht zu Schulstreiks** ausgerufen wurde. Der **Lehrerverband droht** mit „erzieherischen Maßnahmen bis hin zu einem Verweis.“

Ich gehe da mit der Meinung unserer Vorsitzenden **Alice Weidel** konform: **keine allgemeine Wehrpflicht, solange uns diese Regierung in fremde Kriege treiben will**.

Die **Koalition** ließ beim nächsten **Tagesordnungspunkt** auf Antrag in dritter Lesung namentlich abstimmen zum Thema: *Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten durch Rechtsverordnung und Abschaffung des anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam* (Dr.-Nr. 21/3079), womit sich auch die **AfD** einverstanden erklärte, obwohl sie viel **weitreichendere Maßnahmen fordert**, so **Dr. Christian Wirth** in seiner Rede.

Das berüchtigte **Rentenpaket** fand am Freitag die **Mehrheit, Kanzler Merz** hatte noch einige der 12 jun-



„Showdown im Bundestag“ titelten einige Medien in Bezug auf die am letzten Freitag stattfindende namentliche Abstimmung des Rentenpakets im Bundestag.

Union und SPD folgen mit dem Rentenpaket ihrem bewährten Schneeballsystem: Notwendige Reformen werden nur verschleppt, dadurch entstehende Finanzlücken mit gar nicht vorhandenem Geld zugeschüttet.

Wie ihr in diesem Rückblick auf den folgenden Seiten lest, konnte die CDU ihre Abweichler vor der Abstimmung noch auf Kurs bringen. Die AfD steht jedenfalls für ein „ja“ zur Mütterrente, aber für ein „Nein“ zur ewigwährenden Haltelinie.

Ein Oberpfälzer in Berlin

gen **Abweichler** in der Fraktion **auf Linie** bringen können, **nur 7 aus der Union blieben bei ihrer Ablehnung**. Die **Linke** zeichnete sich **mal wieder** als **Steigbügelhalter für Merz** aus, sie hatten ihm z.B. schon dazu verholfen, den zweiten Wahlgang der Kanzlerwahl noch am selben Tag absolvieren zu können.

Die Mehrheiten der Koalition stehen auf tönernen Füßen und Merz kämpft ums Überleben. Hätte die gesamte Opposition geschlossen gegen Merz gestimmt, hätte es knapp werden können. Durch die geschlossene **Enthaltung der Linken** konnte Merz noch viele Abweichler „zur Vernunft“ bringen.

Reichinnek und **Merz** kursieren bereits als Liebespaar durch die Internetforen.

Nun kurz die **Fakten**: Das Hauptthema und Reizthema der **Jungen Union** ist die **Verlängerung der sog. Halte- linie von 48 Prozent bis 2031** - 48 Prozent Rentenniveau bedeutet, dass die **durchschnittliche Rente**, die eine Person nach **45 Jahren Einzahlung** in die gesetzliche Rentenversicherung erhält, **48 Prozent des Durchschnittsverdienstes in Deutschland** ausmacht.

Außerdem geht es um die **Mütterrente III, steuerfreien Hinzuerdienst für Rentner bis 2.000 €/Monat** und eine sog. **Frühstartrente**, mit der bereits ein **Kinderspar- ren** gefördert werden soll.

Das am Freitag **beschlossene Gesetz** wird den Bundeshaushalt **bis 2040 mit 233 Milliarden Euro zusätzlich, bis 2050 sogar mit 480 Milliarden belasten**. Der Bundeszuschuss zur Rente steigt bis Ende der Legislatur auf rund **150 Milliarden Euro**.

Schon im nächsten **Haushalt 2026** fließt ein **Drittel aller Steuereinnahmen in die Rentenversicherung** (127,4 Mrd.). Trotz der enormen Steuerzuschüsse ist die Anhebung der **RV-Beitragssätze schon ab 2027** geplant von **18,6 auf 20 Prozent**. Und trotzdem wird das Niveau ab **2045 auf 45 Prozent sinken**.

Die **AfD** fordert dagegen endlich ein **Ende der versicherungsfremden Leistungen** in der Rentenversicherung, wir fordern **zusätzlich zum Grundfreibetrag einen jährlichen Rentnerfreibetrag von 12.000 €** und das auch **für Selbständige – anstelle des Unionskonstrukts der „Aktivrente“ (24.000 €)**, das **Arbeitgeber** dazu **verleiten kann**, einfach den **Bruttolohn entsprechend zu senken**. Langfristig fordern wir ein **Rentenniveau von 70 Prozent**. Außerdem schlagen auch wir **private Zusatzvorsorge fürs Alter** vor.

Die **Bundesregierungen** haben über **Jahrzehnte falsche Familienpolitik** beschlossen, die sich jetzt rächt und nicht über Nacht korrigiert werden kann.

Liebe Bürger erinnert euch: die Migranten zahlen einmal unsere Rente – wurde als **eine weitere Lüge** entlarvt.

Wir vergessen nicht!

Die letzte namentliche Abstimmung der Woche erfolgte zum Antrag der Grün(Innen): „**Ein gefrorenes russisches Staatsvermögen der Ukraine vollumfänglich zur Verfügung stellen**“ ([21/572](#)). Auch wenn sie in der **Abstimmung** **grandios scheiterten** mit nur 77 Zustimmungen, so wissen wir, dass sie, genau wie die Linken, die **verlängerten Arme der Regierungskoalition** sind und vorbereiten, was Fritze dann durchzieht. Die **Auslandsgut-haben Russlands** über insgesamt **260 Milliarden**, ein Großteil davon lagernd bei der Wertpapier Clearingstelle Euroclear in Brüssel ist der **einzig Hebel**, den Merz hat, um „hier“ zu schreien, und sich im **mühevollen Friedensprozess zwischen Trump und Putin** als „Macher“ ins **Rampenlicht** zu stellen.

Die **Mobilisierung und Entwendung von fremdem Vermögen** ist **Tagesordnungspunkt auf dem EU-Gipfel** am 18. Dezember und **Merz** wird hier wohl – egal auf welcher Grundlage – mit **Kreditzusagen für die Ukraine** zurückkommen, denen man auf **Basis der illegalen Absicherung** durch russisches Eigentum einen **legalen Anstrich** verpassen kann. Das ist der Trick.

Ein **direkter Abzug** von den russischen Konten und Überweisung nach Korruptistan **wäre zu plump**. Klar ist, dass jedoch auch diese beabsichtigten **Milliardenkredite**, wie alle bisherigen **Geldtransfers aus Deutschland** fürs Feuer sind und der **deutsche Michel die Scherben beseitigen** wird, denn die **Ukraine wird niemals zurückzahlen**. Wo landen dann die Cashbacks, Provisionen und Vermittlerhonorare?

Eine spannende Woche ging zu Ende. Ich danke euch für das konstante Interesse.

Haltet durch, bis wir die Wende schaffen!



Vermögenssteuer gehört endgültig abgeschafft!

Berlin, 1. Dezember 2025. Zur heutigen Anhörung im Petitionsausschuss zur Wiedererhebung der Vermögensteuer erklärt der Obmann der AfD-Fraktion im Petitionsausschuss, Manfred Schiller:

„Die heutige Anhörung im Petitionsausschuss hat deutlich gemacht: Die Vermögensteuer gehört endgültig abgeschafft – nicht reaktiviert. Sie ist rechtlich zwar nie gestrichen worden, liegt aber seit 1997 auf Eis – und dafür gibt es gute Gründe. Die Befürworter der Wiederbelebung konnten keinen überzeugenden Nachweis liefern, wie eine Vermögensteuer praktisch funktionieren soll – weder verfassungsrechtlich noch administrativ. Stattdessen wurde versucht, mit dem fadenscheinigen Argument des Klimaschutzes eine Steuer zu rechtfertigen, die in Wahrheit vor allem eines tut: die leeren Staatskassen füllen. Internationale Erfahrungen zeigen klar, wohin solche Experimente führen: Kapitalflucht, Bürokratie, Klägerwellen – und am Ende weniger Einnahmen, nicht mehr. Deutschland braucht kein neues Abschöpfungsinstrument, sondern: • gerechte und verständliche Steuern, • einen Staat, der mit dem Geld auskommt, das er hat, • und eine Politik, die den Mittelstand stärkt, statt ihn noch weiter zu belasten. Wir setzen uns daher weiterhin dafür ein, dass Deutschland eine Zukunft hat.“

Die Videos zur öffentlichen Sitzung findet ihr auf:

youtube.com/@manfredschillermdb



Gegenüber DDR-Flüchtlingen gemachte Zusagen einhalten!

Berlin, 4. Dezember 2025. Die Petition der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge ist seit ihrer Eingabe im März 2018 ohne Abschluss und ohne politische Wirkung. DDR-Flüchtlinge erhielten bis zur „Wende“ nach dem sog. Fremdrentengesetz (FRG) Rentenansprüche, als hätten sie ihr gesamtes Arbeitsleben in Westdeutschland verbracht. Nach der Wiedervereinigung wurde dies revidiert und es gilt für alle Arbeitnehmer mit DDR-Arbeitszeiten das RÜG (Rentenüberleitungsgesetz), wodurch sich Rentenansprüche nun nach dem tatsächlich in der DDR erwirtschafteten Arbeitseinkommen richten. „Vertrauenschutz“ genießen nur DDR-Flüchtlinge, die zum Zeitpunkt der Wende mindestens 55 Jahre alt waren. Der petitionspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Manfred Schiller, erklärt anlässlich eines Fachgesprächs, das auf Einladung der SED-Opferbeauftragten am 4. Dezember im Bundestag mit Betroffenen stattfand:

„Für diese Gruppe wurden vor 1990 klare Zusagen gemacht. Gleichzeitig sehen wir: Spätaussiedler und andere durch das FRG begünstigte Personen behalten ihre Ansprüche bis heute. Nur DDR-Flüchtlinge, die aus einem Unrechtsstaat geflohen sind, verlieren ihre damals zugesicherte Rente. Die AfD-Fraktion fordert eindringlich die umgehende Rückkehr zur Bewertung nach dem FRG und unterstützt mit Nachdruck diese Petition.“ Die AfD-Bundestagsfraktion hat dazu bereits in der vergangenen Legislatur einen entsprechenden Antrag (BT-Drs. 20/6816) in den Bundestag eingebracht.



Es ist Adventszeit

Weihnachtsfeier unseres Stammtisches



In dieser Woche konnte ich leider nicht an unserer **Weihnachtsfeier des Stammtisches** teilnehmen, da ich in Berlin in einer intensiven Sitzungswoche bin – unter anderem mit der wichtigen Abstimmung zum Rentenpaket.

Während ich hier meiner Arbeit im Bundestag nachgehe, habt ihr zuhause bei **gutem Essen, fröhlichem Wichteln** und **selbstgebackenen Plätzchen** eine **wunderbare und besinnliche Weihnachtsfeier** erlebt.

Ich freue mich sehr, dass ihr gemeinsam ein **gelungenes Fest** hattet und wir so ein **bewegtes Jahr in Ruhe ausklingen** lassen konnten.

Gerade in dieser Zeit zeigt sich, wie wichtig unser **Zusammenhalt** ist.

Ohne euch – eure Treue, eure Unterstützung bei Veranstaltungen, eure Mitarbeit und euren Mut – **wäre eine starke AfD**



vor Ort und im Bundestag nicht möglich.

Lasst uns diesen Weg auch im **neuen Jahr** entschlossen weitergehen.

Deutschland braucht eine verlässliche, bürgernahe und unbeirrbare Alternative – und dafür brauchen wir euch alle.

Vielen Dank an jeden Einzelnen, der uns 2025 unterstützt hat und weiter an unserer Seite steht.





Chrupalla kommt nach Weiden!

Zum Jahresabschluss 2025 plant die Landesgruppe Bayern der AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages eine große Veranstaltung fast aller bayerischen Bundestagsabgeordneten, und zwar nicht irgendwo, sondern in der **Max-Reger-Halle in Weiden!**

Als **Gastgeber** freue ich mich besonders darüber, dass auch unser **Parteivorsitzender Tino Chrupalla** dabei sein wird!

Der Bürgerdialog ist eine ideale Möglichkeit für euch, mit euren **Bundestagsabgeordneten** in Kontakt zu treten und mehr über unsere Arbeit im **Parlament** und im **Wahlkreis** zu erfahren - auf **Verköstigung** darf ihr euch ebenfalls freuen.

Kommt vorbei, stellt uns Fragen, diskutiert mit uns - wir freuen uns auf regen Austausch!

- **Wann: 12.12.25 um 18:30 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr**
- **Wo: Max-Reger-Halle • Dr.-Pfleger-Straße 17 • 92637 Weiden i.d.OPf.**

Diese Woche!



Infomobiltour der Landesgruppe Bayern der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Liebe Freunde,

die Landesgruppe Bayern des Deutschen Bundestages ist mit dem Infomobil auf Tour - eine ideale Möglichkeit für euch, mit euren Bundestagsabgeordneten in Kontakt zu treten und mehr über unsere Arbeit im Parlament und im Wahlkreis zu erfahren.

Dieses Mal geht es nach Kemnath:

Am Mittwoch, den 10. Dezember sind meine Kollegin Carina Schießl und ich für euch von 12 bis 14 Uhr vor Ort:

Am Stadtplatz

95478 Kemnath

Kommt vorbei, stellt uns Fragen, diskutiert mit uns - wir freuen uns auf regen Austausch! Euer Manfred Schiller



Stammtisch

Jeden **Donnerstag** (außer feiertags) findet unser Stammtisch in **Weiden** statt. Unsere Abgeordneten berichten aus dem Landtag oder Bundestag, im Anschluß gibt es spannende **Diskussionen**.

Der Stammtisch ist völlig unverbindlich und für jeden offen, ihr müsst kein Parteimitglied sein! Kommt vorbei, wir freuen uns auf euren Besuch!

Wir sehen uns!



**Manfred
Schiller**

Folgt mir auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort auch das neue Format aus dem Bundestag:

Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »**Zwei Bayern in Berlin**«. Ein paar Folgen sind bereits online, weitere werden folgen. Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

youtube.com/@ManfredSchillerMdB



Mehr Neuigkeiten gibt es auf meinen Kanälen!



www.manfred-schiller.de



manfred.schiller@bundestag.de



[@manfred.schiller.afd](https://www.facebook.com/manfred.schiller.afd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.instagram.com/manfred.schiller.afd)



[@manfredafdf](https://twitter.com/manfredafdf)



[@manfredschillerafd](https://t.me/manfredschillerafd)



[@manfred.schiller.afd](https://www.tiktok.com/@manfred.schiller.afd)



[@manfredschillermdb](https://www.youtube.com/@manfredschillermdb)